

Hamburgers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 30

Das Blatt erscheint jeden Samstag.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Alten-Groß-Str. 1. Fernsp.: Nordstr. 2246.

Hamburg, den 26. Juli 1919

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Die Beschlüsse des zehnten Gewerkschaftskongresses.

Zum 6. Punkt der Tagesordnung: „Die Satzungen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes“, referierte Leipart. Die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Erwerbszweige bedürfen zur Vertretung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen der beruflichen Vereinigung in Gewerkschaften und durch kollektive Vereinbarungen mit den vereinigten Unternehmern sowie mit den Leistungen sozialistischer (staatlicher und gemeindlicher) Betriebe können die Arbeitsverhältnisse einheitlich und vorteilhaft geregelt werden. Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen bauern im Interesse der Volksgesamtheit zu heben, ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Sie kämpfen für die völlige Gleichstellung der Arbeiterklasse mit den übrigen Schaffenden Gliedern des Volkes. Die Gewerkschaften wollen den Wert und das Recht der Arbeit im Staat zur vollen Geltung bringen, auch die Güte der Arbeit pflegen und die Freude an der Arbeit mehrten helfen. Sie wollen die geistige Fortbildung in der Arbeiterschaft fördern und dieser den Genuß der höchsten Kulturgüter erschließen. Solange der Staat und die Gemeinden nicht eine ausreichende Fürsorge für die Erwerbsunfähigen, Erwerbsbeschränkten und Erwerbslosen durchgeführt haben, pflegen die Gewerkschaften ihre eigenen Unterstützungsanstalten als notwendige soziale Selbsthilfe. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben fordern die Gewerkschaften maßgebenden Einfluß auf die Regelung der Wirtschaftsbeziehungen in Staat und Gemeinde, auf die Sozialgesetzgebung, die gewerbliche Rechtsprechung und die Unfallverhütung wie auch auf die Umgestaltung der Kultur-, Wirtschafts- und Handelsbeziehungen der Völker.

Eine Gewerkschaft kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn sie sich als Zentralorganisation eines Berufes oder einer Industriezweiggruppe über das ganze Land ausdehnt. Da das Ziel aller gewerkschaftlichen Zentralverbände das gleiche ist, vereinigen sie sich zur gegenseitigen Förderung und Unterstützung unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Eingehend begründete der Referent die einzelnen Bestimmungen des neuen Statuts. An Stelle der Generalkommission tritt nunmehr der Gewerkschaftsbund. Der Zweck des Bundes ist ein ständiges Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Zentralverbände zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Die einzelnen Verbände sollen aber nicht aufgehoben im Bunde, sondern sie sollen weiter bestehen bleiben. Es wäre verfehlt, durch einen Beschluß die Verschmelzung zu fordern. Innerhalb der Gewerkschaften selbst müsse der Gedanke der Zusammenfassung herantreiben. Der Bundesvorstand soll sich künftig aus 16 Mitgliedern zusammensetzen, wovon 7 befolgt werden.

Eine Reihe von Anträgen auf Abänderung lag zu diesem Punkte vor, die in der Debatte begründet wurden. Der Antrag des Fabrikarbeiterverbandes Hamburg, zur Ausarbeitung eines Organisationsstatuts eine Kommission einzusetzen mit dem Ziel, die Einheitsorganisation zu erstreben, wurde abgelehnt. Mehrere Delegierte traten für die Betriebsorganisation ein. Andere wünschten, daß die Wahlen der Delegierten zum Gewerkschaftskongress durch Urwahlen vorgenommen werden. Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, die Vorlage der Vorstandsvertreter und sämtliche hierzu gestellten Anträge einer Kommission zu überweisen, die am folgenden Tage darüber berichten soll. Davor wurde noch durch eine grundsätzliche Entscheidung festgestellt, daß die Mehrheit des Kongresses für die Aufrechterhaltung der bisherigen Organisationsform ist, also den Grundsatz der Berufs- und Industrieorganisationen vertritt. Der Bericht der Kommission wurde am letzten Verhandlungstage entgegenkommen. Die von ihr vorgeschlagenen Änderungen gelangten zur Annahme.

Der Kongress findet wie bisher alle 3 Jahre statt, auf je 10 000 Mitglieder entfällt ein Vertreter. Der Kongress sprach dann noch den Wunsch aus, daß Bundesvorstand und Aufsicht ein Normalstatut für die gesamten Gewerkschaften ausarbeiten.

Darauf wurde die Wahl zum Bundesvorstand vorgenommen. Abgegeben waren 509 Stimmzettel. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender C. Regien, Holzarbeiter, mit 428 Stimmen; Stellvertreter B. Grahmann, Buchdrucker, mit 420 Stimmen; Stellvertreter A. Cohen, Metallarbeiter, mit 417 Stimmen; Kassierer S. Rube, Zimmerer, mit 418 Stimmen; Redakteur P. Umbreit, Holzarbeiter, mit 419 Stimmen; Sekretär A. Knoll, Steinseher, mit 484 Stimmen; Sekretär S. Köpfer, Bergarbeiter, mit 481 Stimmen; Beisitzer: G. Rader, Brauereiarbeiter (327); B. Brunner, Eisenbahner (428); C. Bruns, Fabrikarbeiter (407); E. Siebel, Bureauangestellte (422); G. Sabath, Schneider (387); J. Sassenbach, Sattler (408); G. Schmidt, Landarbeiter (418); H. Silbermann, Bauarbeiter (427).

Für die Liste der Opposition, an deren Spitze Jäckel, Richard Müller und Schumacher standen, sind 161 bis 168 Stimmen abgegeben worden.

Es folgte sodann ein großartiger Vortrag von Umbreit über: „Die Sozialisierung der Industrie“. Der Redner ging von dem Standpunkt aus, daß die Sozialisierung der Industrie, vor allem der reifen Betriebe, unbedingt angestrebt werden müsse, wenngleich die Durchführung auch nicht sofort möglich sei, sondern allmählich erfolgen müsse. Nicht durch Streiks sei die Durchführung des Sozialismus zu beschleunigen, nur in den Werkstätten des Fleißes sei die Geburtsstunde des Sozialismus. Redner wies auf die gefährliche wirtschaftliche Lage Deutschlands, auf die Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung hin. Und dennoch müsse sozialisiert werden, nur der Sozialismus allein könne die furchtbaren Folgen des Krieges überwinden, der Welt die wirtschaftliche Freiheit bringen. Wenn wir auch von den übrigen Staaten abhängen, könnten wir doch mit der Sozialisierung den Anfang machen, ohne vom Ausland abgeschnitten zu werden. Aber nicht durch die Diktatur des Proletariats, sondern durch die Demokratie könne dies Ziel verwirklicht werden. Ein bestimmter, festgelegter Weg für die Sozialisierung bestehe nicht; es können in Betracht kommen Kommunalbetriebe, Genossenschaften, Syndikatsbildungen als Uebergangformen. Nicht in Frage komme die Beteiligung des Arbeiters am Unternehmergewinn. Sozialisieren werden sollen nur ganze Wirtschaftszweige, nicht einzelne Betriebe. Das Nahrungsmittel- und Baugewerbe werde früher von der Sozialisierung erfaßt werden können als die Großindustrie. Reif für die Sozialisierung seien Betriebe, die für den Bedarf von Reich, Staat und Gemeinde arbeiten. Alle Rohstoffe und Naturkräfte seien reif für die Sozialisierung. Auch die Halbzeugfabrikate eignen sich dafür, weil sie sich in engster Abhängigkeit von den Rohstoffen befinden. Die Genossenschaften sollen in engster Verbindung mit den Gemeinden die ganze Verbrauchsregelung durchführen. Von der Sozialisierung des Versicherungswesens komme die Personenversicherung aller Art sofort in Betracht, ferner das Arznei- und Apothekerwesen.

Bei der Durchführung der Sozialisierung seien verschiedene Stufen durchzumachen, wie Produktionsregelung, Produktionssteigerung, Lohnregelung, Preisregelung usw. In den sozialisierten Betrieben dürfe kein Beamtenverhältnis entstehen, auch keine Gleichmachung; höhere Leistung, höhere Bezahlung! Arbeitervertretungen müssen als Sicherungen dienen gegen Fiskalismus. Jetzt sei es unsere Pflicht zu arbeiten. Der Sozialismus verlange die volle Hingabe der körperlichen und geistigen Kräfte für die Arbeitsgemeinschaft. Wer nicht seine volle Kraft in den Dienst der Arbeit stelle, hindere den Sozialismus. Der Sozialismus sei keine Lohnfrage für den einzelnen, dürfe nicht zur Lohnbewegung herabgedrückt werden; er bedeute die Existenzfrage für alle. Sozialismus sei die

Einheit von Organisationen, von Selbsterziehung und von Arbeit, und nur in diesem Zeichen können wir siegen.

Der Korreferent Dr. Hilferding ergänzte sehr treffend die Ausführungen des Referenten, daß mit der Sozialisierung begonnen werden müsse. Nur schrittweise könne der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft vorgenommen werden. Die Sozialisierung dürfe aber nicht einhergehen mit Einschränkung der Produktion. Die großen Kampfmittel des Kapitals, die großen Industrien der Rohstoff- und der Kraftgewinnung bezeichnete er als die Dämme, die zuerst für die Sozialisierung in Betracht kämen. Daran müßten sich andere anschließen. Den Gemeinden stünde ein weites Gebiet für Sozialisierungstätigkeit offen. Bei Beurteilung dieser wichtigen Frage dürfen wir uns nicht von Schlagworten leiten lassen. Wir dürfen den Sozialismus nicht auffassen als eine Messer- und Gabelfrage; mit Lohnfragen allein schaffe man nicht die Begeisterung, die zur Durchführung der Sozialisierung notwendig ist. Die gebundene Planwirtschaft des Reichswirtschaftsrates lehnte der Redner entschieden ab.

Der zweite Korreferent Hedert war bereits abgereist. Eine Diskussion zur Sozialisierungsfrage fand nicht statt.

Der vorgezückten Zeit wegen konnte leider der so wichtige Punkt über gewerkschaftliche Unterrichts-kurse nur äußerst kurz behandelt werden. Der Referent Sassenbach, Berlin, begründete die dem Kongress vorgelegten Vorschläge der Vorstandskonferenz, die auch zur Annahme gelangten. Danach sollen die gewerkschaftlichen Unterrichtskurse wieder eröffnet und ausgebaut werden. Das Referat von Dr. Rothschild über Krieg und Volkskrankheiten mußte ausfallen, da der Redner nicht erscheinen konnte. Das Referat von G. Schmidt über landwirtschaftliche Produktion und Anstellung konnte ebenfalls nicht gehalten werden, es soll aber im Protokoll zur Veröffentlichung kommen.

Ueber die Regelung des Lehrlingswesens referierte Sassenbach, dabei auf die von ihm vorgelegten Vorschläge hinweisend. Das Vorrecht der Zünfte müsse unbedingt beseitigt werden. Die bestehenden Lehrverträge seien einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen. Die Großindustrie müsse gezwungen werden, entsprechende Einrichtungen zur Ausbildung von Lehrlingen zu schaffen. Zur Regelung der Lehrlingsverhältnisse sollen mit Zustimmung des Reiches für jeden Beruf paritätisch aus Vertretern von Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehende Zentralkommissionen eingesetzt werden, die unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsamtes innerhalb der durch allgemeine gesetzliche Bestimmungen gezogenen Grenzen wirken. Nach kurzer Debatte stimmte der Kongress den vorgelegten Vorschlägen zu.

Zum Punkt 10: Ausbau der Sozialversicherung, wurde beantragt, sämtliche vorliegenden Anträge und Resolutionen dem Bundesvorstand zur weiteren Verfolgung unter Zugiehung von Sachverständigen zu überweisen. Die Vorschläge sollen dann als Grundlage dienen zu einer zeitgemäßen Reform der Reichsversicherungsordnung. Der Kongress stimmte dem Antrage zu.

Der Forderung der Schneider, daß die Regierung baldigst gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Heimarbeit trifft, wurde zugestimmt.

Der Antrag der Konferenz der Arbeitersekretariate betreffs Kommunalisierung oder Verstaatlichung der Arbeitersekretariate wurde dem Bundesvorstand zur weiteren Erledigung überwiesen.

Ferner fanden folgende Anträge Annahme: Die Regierung zu ersuchen, vom Beginn der neuen Ernte ab die Lebensmittelrationen so zu erhöhen, daß eine ausreichende Ernährung der arbeitenden Bevölkerung gesichert ist. Drückprämien sollen nicht mehr gewährt werden dürfen. — Die gewerksmäßige Stellenvermittlung ist gesetzlich zu verbieten. Der Kongress stellt sich auf den Boden der Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen. — Gewerkschaftsbeiträge dürfen vom steuerpflichtigen

tigen Einkommen abgezogen werden. — Der 1. Mai ist dauernd als gesetzlicher Feiertag zu erklären. — Die Kantondirekte der Gewerkschaften sind verpflichtet, für die Förderung der Volkserziehung tätig zu sein. — Beim Wiederaufbau von Belgien und Frankreich muß das kapitalistische Profitinteresse ausgeschaltet werden.

Zur Frage der Arbeitsnachweise und Erwerbslosenunterstützung fand ein Antrag Annahme, daß die Arbeitsvermittlungstellen bei der Zulassung von Arbeitskräften die von den Gewerkschaften anerkannten Lohn- und Arbeitsbedingungen respektieren. Die Erwerbslosenunterstützung darf nicht verweigert werden, wenn die Arbeitsaufnahme wegen Nichtzahlung der im Gewerbe maßgebenden Löhne abgelehnt wird.

Zu den Verhältnissen in den besetzten Gebieten unterbreitete und begründete Haas, Wien, nachstehende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Mit Entzückung nimmt der zehnte Gewerkschaftskongress Deutschlands Kenntnis von den Vorfällen und Drangsalierungen der organisierten Arbeiterschaft in den besetzten Gebieten des Westens. In unzähligen Fällen haben die militärischen Behörden der Alliierten die Klassenbewußte Arbeiterschaft mit Gewalt, Strafen und Ausweisung von der Durchführung ihrer Interessen abgehalten.

Der Gewerkschaftskongress verurteilt ein derartiges Vorgehen auf das allerentschiedenste und fordert einmütig, daß nunmehr, nachdem der Friede geschlossen, unsere Arbeitsbrüder im besetzten Gebiet in den vollen Genuß der Rechte und Freiheiten kommen, wie sie ihnen durch die deutschen Gesetze gewährleistet werden, da nur dann sich die wirtschaftlichen Erzeugnisse der Revolution auch im besetzten Gebiete verwirklichen lassen.

Der Gewerkschaftskongress ruft unsere Klassen-genossen im besetzten Gebiet zu, so wie bisher, auch in der Zukunft fest und unerschütterlich an der deutschen Reichseinheit und auch an der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung festzuhalten, alle offenen und bestreuten Abtrennungsversuche, gleichviel von welcher Seite sie kommen und mit welchen Mitteln sie propagiert werden, auf das entschiedenste zurückzuweisen. Den Volksgenossen des besetzten Gebietes, die gegen die Loslösungsbestrebungen gekämpft haben, spricht der Kongress seine volle Sympathie aus und erwartet, daß die alliierten Mächte die bestraften Volksgenossen in Freiheit setzen und die Ausgelieferten zu ihren Angehörigen zurückführen lassen.

Die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Länder fordert wir auf, uns bei der Durchführung der Erzeugnisse der deutschen Revolution in den besetzten Gebieten zu unterstützen.

Deshalb wurde zur Frage der Freiwilligenverbände nachstehender Antrag der Konferenz der Verbandsvorstände mit großer Mehrheit angenommen:

Die Freiwilligenverbände und die aus ihnen hervorgegangene Reichswehr sind gebildet worden als notwendige Einrichtungen zum Schutze der deutschen Republik und der Erhaltung der Erzeugnisse der Revolution.

Von dem Recht, in die Reichswehr einzutreten, haben zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter teils aus Überzeugung für die Sache der Republik, teils unter dem Zwange der Arbeitslosigkeit Gebrauch gemacht. Diesen Arbeitern kann ein Vorwurf nicht gemacht werden, wenn einzelne Glieder dieser militärischen Verbände sich Handlungen zuschulden kommen lassen, die nicht nur nicht zu billigen, sondern zu verurteilen sind. Der Gewerkschaftskongress verurteilt es deshalb auf das allerentschiedenste, daß gewerkschaftlich organisierte Angehörige der Reichswehr, die sich keiner kriegswichtigen Handlung schuldig gemacht haben, lediglich wegen ihrer Zugehörigkeit zur Reichswehr durch Ausschluß aus ihrer gewerkschaftlichen Organisation ihrer wohlverdienten Rechte beraubt oder nach dem Austritt aus den militärischen Verbänden an der Erlangung von Arbeit gehindert werden.

Ferner nahm der Kongress Kenntnis von einem Befehlsbefehl gegen Streikende und erteilte derartige Maßnahmen. Annahme fand auch ein Antrag, der die Aufhebung der Sondergesetze bezüglich der Reichswehrlöhne der Seeleute und Wimmenschiffer verlangt. Ebenso erklärte sich der Kongress damit einverstanden, daß die Lohnzahlung Freilags erfolgen soll.

Damit waren Samstag, abends 7 Uhr, die Arbeiten des Kongresses beendet.

Herliche Worte des Abschieds richtete darauf für die ausländischen Delegierten Dornas, Wien, an den Kongress, die einen gewaltigen Beifallssturm auslösten. Mit Bewunderung konnte er feststellen, daß es innerhalb der Gewerkschaften zu keiner Spaltung gekommen sei. Die Oesterreicher haben das dringende Bedürfnis, Deutschland angeschlossen zu werden. Hoffentlich werde der nächste deutsche Gewerkschaftskongress in Wien abgehalten werden können.

Der Vorsitzende Reichel sprach den Dank des Kongresses für diese herrlichen Worte aus. In kurzen Sätzen wies er auf die gefassten Beschlüsse und den neu geschaffenen Gewerkschaftsbund hin und sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk sich aus seiner furchtbaren Lage wieder erporarbeiten werde. Dringend notwendig sei aber die Einigung des arbeitenden Volkes. Dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg, der so viel zur Vorbereitung und Leitung des Kongresses beigetragen, sprach er noch besonders seinen Dank aus. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung wurde der Kongress geschlossen.

Tarifverhandlungen für das Maler- und Anstreichergewerbe im Rheinland und in Westfalen.

Am 15. d. M. fanden in Essen erneut Verhandlungen mit dem Westdeutschen Malermeisterverbande über eine weitere Teuerungszulage statt. Den Anstoß hierzu hatte unser Verbandsvorstand durch einen am 24. Juni abgeschickten Antrag gegeben, wobei wir uns auf den § 5 der letzten Vereinbarung (vom 8. April) stützten, nach dem für den Fall, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem 1. Juli sich erheblich ändern, die beiderseitigen Organisationen unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse besondere Abmachungen über Teuerungszulagen treffen können. Der Arbeitgeberverband stimmte unserm Antrage auch zu, teils uns und dem christlichen Verband aber kurz vor dem angelegten Verhandlungstermin mit, wir möchten erwägen, ob die Verhandlungen nicht verschoben werden könnten, bis sich die Verhältnisse besser übersehen ließen; denn gegenwärtig läme eigentlich keine Erhöhung der Teuerungszulagen in Betracht; viel eher spräche die jetzige Lebensmittelversorgung für einen Abbau der Teuerungszulagen. Begründend wurde dabei besonders auf die zu erwartende und schon bemerkbare Senkung der Lebensmittelpreise hingewiesen.

Den angeführten Gründen konnten wir indes nicht beipflichten; denn noch steht es dahin, ob wirklich ein größerer Preissturz auf dem Lebensmittelmarkt stattfindet; ferner sind demgegenüber erhöhte Mietpreise, Erhöhungen der Kosten für Feuerungsmaterial, der Steuern usw. zu erwarten. Die Notwendigkeit der Anschaffungen von Bekleidung, Wäsche usw. wird immer dringender, wobei besonders zu beachten ist, daß durch die bisherigen Teuerungszulagen kein Ausgleich der veräuerten Haushaltskosten erreicht wurde, und daß der Lohn anderer gleichartiger Berufsarbeiter (Maurer, Zimmerer usw.) noch nicht erreicht werden konnte.

Nach Hervorhebung dieser Gesichtspunkte und weiterer Tatsachen zeigten sich die Arbeitgebervertreter schließlich zu Zugeständnissen geneigt, so daß nach einstündigen Auseinandersetzungen folgende Vereinbarung zustande kam:

Vorbereitlich der Zustimmung der Ortsgruppen bewilligt der Westdeutsche Malermeisterverband für die Orte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die in § 3 des Zusatzvertrages vom 8. April 1919 genannt sind (Bochum, Dortmund,örde, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Barmen, Essen, Altenesson, Gagen, Hamborn, Herne, Mählheim-Muhr, Recklinghausen, Remscheid, Ronsdorf, Soltau, Schwintel, Wattenscheid, Saengerfeld, Siegen, Castrop) sowie für Köln und Münster ab 21. Juli für 8 Monate eine Teuerungszulage von 80 % die Stunde für Gehilfen über 20 Jahre und von 20 % für Gehilfen unter 20 Jahren auf die jetzt gezahlten Löhne.

Der Westdeutsche Malermeisterverband empfiehlt den übrigen Orten des besetzten Gebietes und den übrigen Orten außerhalb des Industriegebietes über die Gewährung einer Zulage im Rahmen der obengenannten Zulagen kräftig zu verhandeln.

Der § 5 des Zusatzvertrages vom 8. April (oben auszugsweise mitgeteilt) findet sinngemäße Anwendung.

Nach dieser Vereinbarung sind für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk seit April dieses Jahres 80 % Teuerungszulage durchgeführt und die Löhne für Gehilfen über 20 Jahre einheitlich auf M. 2,30 festgesetzt worden; auch Köln tritt mit hierunter. Tatsächlich ist die Zulage für einen größeren Teil der Gehilfen noch bis zu 25 % höher gewesen. In den übrigen Orten wurden Zulagen je nach Lage der Verhältnisse festgesetzt.

Schiedsgerichtsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium für das Malergewerbe.

Auf Grund der Vereinbarungen über die letzte Teuerungszulage vom 29. April, nach der die darin festgelegten zentralen Sätze von 40 beziehungsweise 50 % durch die örtlichen Verbände überschritten werden können, trat am 18. Juli auf Antrag der beiderseitigen Organisationen ein Schiedsgericht zusammen, um für 25 Orte, in denen die am 2. Juni von Herrn Landgerichtsrat Wulff gemachten Vorschläge von der einen oder anderen Partei abgelehnt worden waren, einen Schiedspruch zu fällen.

Von den Gehilfen waren die Vorschläge abgelehnt worden in Berlin und Graudenz, von den Arbeitgebern in Breslau, Liegnitz, Waldenburg, Landsberg,

Potsdam, Rathenow, Bremen, Brunsbüttel, Arendsee, Ötzingen, Jöhoe, Schwarmberg, Stettin, Königsberg, Halle, Magdeburg, Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ingolstadt, Schweinfurt, Würzburg.

Das Schiedsgericht hat die Wulffschen Vorschläge (vergleiche Nr. 25 des „Vereins-Anzeiger“) bestätigt, mit Ausnahme von Augsburg, Potsdam und Waldenburg. Für diese Orte wurden für Gehilfen über 20 Jahre M. 1,95, M. 2,00 beziehungsweise M. 1,80 und für Gehilfen unter 20 Jahren M. 1,85, M. 2,20 beziehungsweise M. 1,70 festgesetzt.

Für Weesbacht empfiehlt das Schiedsgericht die Einziehung in das Lohngebiet Hamburg, und für Friedberg für das selbige kein Vorschlag gemacht wurde, einen Lohn von M. 2 bezw. M. 1,90.

Alle übrigen Lohngebiete wurden, weil keine offizielle Meldung der Parteien darüber vorlag, daß sie die Wulffschen Vorschläge ablehnen, für nicht mehr strittig erklärt; danach gelten die erwähnten Vorschläge.

Der Mehrlohn ist vom 1. Juli an nachzahlen. Die Zentralorganisationen haben sich bis 5. August, mittags 12 Uhr, zu dem Schiedspruch zu erklären.

Wir drucken im nächsten „Vereins-Anzeiger“ den Schiedspruch ab und werden auf die Sache selbst noch näher eingehen.

Die Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe im 2. Quartal 1919.

Aus den Statistiken über die Arbeitslosigkeit im Malergewerbe für das 2. Quartal können wir entnehmen, daß die Zahl der berichteten Filialen um 4 niedriger war als im ersten. Sie betrug 180 gegen 184, das erklärt sich aus der Auflösung einiger Filialen und ihrer Angliederung an größere Orte. Allgemein hat die Zahl der Orte, auf welche die Organisation Einspruch gewonnen hat, durch Errichtung neuer Zahlstellen auch im 2. Quartal zugenommen. Die Mitgliederzahl, die am 1. Januar 1919 noch 15 958 betrug und im Laufe des 1. Quartals auf 80 470 gestiegen war, hat einen weiteren erfreulichen Zuwachs erhalten. Wir zählen am Schlusse des 2. Quartals in den 180 Filialen, die berichtet haben, 89 685 Mitglieder, wovon 89 216 männlich, 419 weiblich waren.

Die Arbeitslosigkeit hat im Laufe des Vierteljahres weiter abgenommen. Waren im 4. Quartal 1918 8709 arbeitslos Mitglieder gleich 22,9 pSt. im Laufe des Vierteljahres voranden, so liegt die Zahl der Arbeitslosen im 1. Quartal 1919 auf 7159 gleich 22,4 pSt. Die Zahl der Arbeitslosen im 2. Quartal 1919 war auf 4281 gleich 10,7 pSt. des Mitgliederstandes zurückgegangen.

Noch günstiger wird der Vergleich, wenn wir die am letzten Arbeitstage der letzten Vierteljahreswoche angegebenen arbeitslosen Mitglieder zugrundelegen. Da waren arbeitslos im

Januar	2801	= 12,9 pSt. der Mitglieder
April	8265	= 10,7
Juli	2194	= 5,9

Als auf der Reise befindlich waren am letzten Abzuge nur 8 Mitglieder gemeldet. Arbeitslosentage wurden im 2. Quartal 85 521 gezählt. Bei der viel geringeren Mitgliederzahl im 4. Quartal 1918 zählten wir dagegen 49 595 und im 1. Quartal 157 618 Arbeitslosentage. Im Durchschnitt kamen auf ein Mitglied im

1. Quartal 1918	8,1 Tage Arbeitslosigkeit
2. „ 1919	5,1
3. „ 1919	2,1

Auch aus diesen Zahlen läßt sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit nachweisen. Berechnen wir die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Arbeitslosen, so ergeben sich im 4. Quartal 1918 17,1 Tage, im 1. Quartal dagegen 48,9 Tage und jetzt im 2. Quartal 1919 20,0 Tage. Diese Zahlen müssen allerdings mit Vorsicht betrachtet werden, denn über die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit unserer Mitglieder über den Filialen nur selten Angaben zur Verfügung. Nur durch die Auszahlung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung oder durch Spezialerhebung und Arbeitslosenkontrollen sind einige Filialen dazu imstande. Bei den meisten werden diese Angaben schätzungsweise gemacht und sind deshalb nicht genügend zuverlässig.

Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandes wurde im 2. Quartal an 778 Kollegen, das sind 1,9 pSt. der Mitglieder, gewährt. Im 4. Quartal 1918 haben 4,7 pSt. im 1. Quartal 1919 9,9 pSt. der Mitglieder Arbeitslosenunterstützung bezogen. Schluß auf die Arbeitslosigkeit lassen sich jedoch auch aus diesen Zahlen nicht ableiten, weil unsere Unterstützung ja nicht bei jeder Arbeitslosigkeit, sondern nur in beschränktem Maße, je nach Anspruch, bezahlt wird. Je mehr Kollegen in dieser großen arbeitslosen Zeit ausgeteilt werden, je geringer wird die Zahl derjenigen, denen noch ein Anspruch zusteht. Am besten wird dies bestätigt durch die Zahl der vom Verband unterstützten Tage beziehungsweise die Unterstützungssumme. Es kommen durchschnittlich 18 Tage mit M. 18 Unterstützung in Frage.

Siehen wir auch hier die Zahlen aus früheren Quartalen zum Vergleich heran, so erhalten wir aus Verbandsmitteln im

4. Quartal 1918	10 757 Tage mit M. 10 757 Unterstützung
1. „ 1919	61 881 „ „ 61 244
2. „ 1919	14 028 „ „ 14 016

Zweifelloß ergeben unsere Ermittlungen am Schlusse des 2. Quartals 1919 eine weitere Besserung der Arbeitsverhältnisse im Malergewerbe. Allerdings dürfen wir nicht verkennen, daß diese Besserung im 2. Quartal noch keinen Vergleich mit der Lage unseres Berufes in Friedenszeiten aushält. Ein recht erheblicher Teil unserer Kollegen arbeitet noch außerhalb des Berufes. Andererseits muß man sich aber bei der Gesamtanlage des Gewerbes über jede kleine Besserung in Arbeitsverhältnissen freuen. Hoffentlich tragen der nunmehr erfolgte Friedensschluß und die Aufhebung der Blockade dazu bei, daß die Beschaffung von Material erleichtert wird und die Preise dafür gesenkt werden.

Nach den Angaben unserer Filialen im Januar wurden damals 29.948 Berufsangehörige in Deutschland gezählt. Bis April 1919 hatte sich diese Zahl auf 33.033 erhöht und nun wurden Ende Juni 44.801 Berufsangehörige gezählt. Von diesen waren nach dem Mitgliederstande unseres Verbandes 33 pSt. organisiert. Die Fällung unterseidet 33.537 Kollegen für den Bauberuf und 11.064 Kollegen in Baderereien, Fabrik- und Werftbetrieben. Wie ermittelten im

Table with 2 columns: Mater, Badererei. Rows for Jan 1919, April 1919, Juli 1919 with membership counts.

Das Verhältnis zwischen den Beschäftigten im Malergewerbe und Baderberuf hat also im letzten Vierteljahr keine besondere Veränderung erfahren.

Unterziehen wir auch diesmal die Aufstellung über die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit nach Landesstellen geordnet einer Betrachtung, so tritt vor allem das erfreuliche Anwachsen der Mitgliederzahl im 2. Quartal in Erscheinung. Nur in Ost- und Westpreußen mit Wommern haben wir einen Mitgliederverlust gegen das vorige Quartal zu verzeichnen. Die Erklärung ergibt sich daraus, daß Dantsig

und andere Orte aus dem Mitteln Gebiete infolge der bestehenden politischen Zustände nicht mehr berichtet haben. Für einige Orte wird diese Unterbrechung leider dauern sein, mit andern wird sich die Verbindung nach Regelung der Grenzen usw. wieder aufnehmen lassen. Einen weiteren Mitgliederzuwachs gegenüber dem 1. Quartal hatten wir in Ost- und Westpreußen. Die Gründe liegen auch hier in der Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland. In allen andern Bundesstellen haben wir im 2. Quartal einen Mitgliederzuwachs zu buchen.

Daß die Arbeitslosigkeit im Laufe des 2. Quartal allgemein betrachtet, weiter zurückgegangen ist, und zwar von 10,7 auf 5,9 pSt. im Durchschnitt, haben wir im vorhergehenden schon nachgewiesen. Bei der Betrachtung nach Landesstellen zeigt sich, daß Berlin mit Brandenburg eine Ausnahme macht. Dort ist die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal größer geworden, sie liegt von 16 auf 17 pSt. Eine kleine Zunahme der Arbeitslosigkeit zeigt sich auch in Westfalen, Pommern, und zwar von 0,9 auf 1,4 pSt. Die Unterschiede in den einzelnen Landesstellen sind recht erheblich. Zur besseren Orientierung lassen wir hier deshalb die Tabelle über die Verteilung der Arbeitslosen folgen, die einen Vergleich der letzten Quartale ermöglicht.

Verteilung der Mitglieder und der Arbeitslosen auf Landesstelle.

Large table with columns: Landesstelle, Erfolge Ost, Erfolge West, Männliche Mitglieder, Weibliche Mitglieder, Mitglieder zusammen, Arbeitslose Mitglieder. Rows list various regions like Ost- und Westpreußen, Berlin, etc.

seid Ihr eine Macht, die zu gegebener Zeit Ihren Willen durchsetzt. Auch der letzte Kollege Dolmündens mag sich gesagt sein lassen, daß es seine Pflicht ist, sich dem Verbandsangehörigen. Nur eine Kollegenschaft, die geschlossen hinter ihren Forderungen steht, vermag sich durchzusetzen. Deshalb, Kollegen, in die Organisation! Es liegt noch sehr vieles im Argen. Die Arbeitszeit wird ausgedehnt und künstlich verlängert. Der Bauarbeiterschutze wird vernachlässigt. Die Meister glauben, die Gehilfen müssen noch wie ehedem treu, gehorsam und untertänig sein. Man stellt Euch noch nicht als mitbestimmenden Faktor an, der bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein Wort mitzureden hat. Daran, Kollegen, seid Ihr selbst schuld. Viel zu lange habt Ihr gestummt, viel zu lange hat es gedauert, ehe Ihr Euch besonnen habt, daß nur im Zusammenschluß das Heil für uns liegt. Nun sorgt, daß auch der letzte Berufsangehörige sich unserm Verband anschließt, damit unsere Organisation ein Bollwerk wird, vor dem auch die Gegner Achtung haben. Dann werden wir auch für Euch günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. Auch den Kollegen der umliegenden Orte sei es gesagt, daß es hohe Zeit ist, sich endlich auf ihre Pflicht zu besinnen und sich dem Verbandsangehörigen anzuschließen. Dieses gilt auch für die Kollegen der früheren Jahrgänge. Also fort mit der Gleichgültigkeit! Geschlossen hinet in die Organisation! Durch Kampf zum Sieg!

Jena. Am Sonnabend, 28. Juni, nahmen unsere Kollegen den Bericht über die Beschlüsse der Generalversammlung entgegen. In der anschließenden Diskussion geistete jeder zu Worte kommende Kollege das Gebahren des Hauptvorstandes mit samt den Bezirksleitern. Es ging folgende Resolution ein, die auch einstimmig Annahme fand: Die am 28. Juni tagende Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler, Filiale Jena, nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Generalversammlung und stellt mit Entrüstung fest, daß mit unläuteren Mitteln seitens des Vorstandes einschließlich der Bezirksleiter dahin gearbeitet worden ist, daß alle Anträge, die den wahren Interessen der gesamten Kollegenschaft entsprechen, von jenen niedergeknipelt worden sind. In dem Antrage des Kollegen Zimmermann, Frankfurt, nach welchem sämtlich zur Generalversammlung gestellten Anträge einer Zustimmung von 10 Delegierten bedürfen, ehe sie zur Beratung kommen sollten, erblickt die Versammlung eine Anebelung der Kollegenschaft. Ferner verurteilt sie den Entschluß des Vorstandes, den Vortrag des Genossen Däumig über Sozialisierung und Mietsystem zu Punkt 8 der Tagesordnung nicht abhalten zu lassen. Die Versammlung erwartet mit Entschiedenheit in puncto Politik einen starken Zug nach links.

Lohnbewegungen und Streiks.

Für die Groß-Stuttgarter Karosseriebetriebe fanden am 26. Juni zwischen dem Verband württembergischer Metallindustrieller und den Bezirksleitungen der Lactierer und Sattler Verhandlungen über die am 11. Mai eingereichte Lohnforderung statt. Das Ergebnis derselben ist eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 50 % und die Nachzahlung der Lohn Differenz einschließlich der Umrechnungsbeträge von der achtundvierzigstündigen auf die sechsundvierzigstündige Wochenarbeitszeit ab 2. Mai. Die Einstufungslöhne sollen künftighin betragen: M. 1,90 über fünfundsiebzigjährige, M. 1,82 vom zweiundzwanzigsten bis fünfundsiebzigsten Jahre, M. 1,68 im zwanzigsten und einundzwanzigsten Jahre, M. 1,55 im achtzehnten und neunzehnten Jahre und M. 1,17 unter 18 Jahren, und zwar für die ersten 4 Wochen. Von da ab gelten die Lohnsätze für vorgenannte Altersklassen: M. 2,10, 1,80, 1,70, 1,50 und 1,80. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Kollektivabkommens für die Metallindustrie. Diesen Abmachungen wurde mit dem Vorbehalt zugestimmt, daß die Einreihung der Lactierer und Sattler in eine höhere Lohnklasse angestrebt werden soll.

Crefeld. Auch und, an der äußersten Ecke des Niederrheins, ist es wieder gelungen, einigermaßen geordneten Verhältnisse in unserm Gewerbe zu schaffen, dank der thätigen Mitarbeit des größten Teils der beschäftigten Kollegen. Nach Schluß des Krieges war es die erste Pflicht der zurückgekehrten Kollegen, die einst gute Filiale Crefeld wieder hochzubringen. Kein Kollege war mehr vorhanden, der organisiert war. Aber schon nach den ersten Tagen schlossen sich auch andere Kollegen an, und so konnten wir tatkräftig mit dem Aufbau beginnen. Am 1. Januar hatten wir erst 9 Kollegen organisiert. Durch verchiedene Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde das Interesse der Kollegen für die Organisation weger. Am Ende des 1. Quartals konnten wir schon gegen 50 Mitglieder zählen. Durch den Beitritt der Bahnhofsbediensteten kam noch ein weiterer Teil dazu. Urdingen wurde bis Schluß des Krieges von Duisburg verwaltet. Die Bahnhofsstelle noch länger bei Duisburg zu lassen, wäre unratsam gewesen, weil von den dort beschäftigten Kollegen ein großer Teil in Crefeld ansässig ist. Im 2. Quartal ging es dann weiter gut vorwärts. Durch fleißiges Mitarbeiten aller organisierten Kollegen können wir nun am Schluß des 2. Quartals 167 Mitglieder buchen. Gewiß für unsere Lage ein erfreuliches Zeichen. Die Kollegen sind sich einig, auch noch den letzten Unorganisierten in unserm Gewerbe für die Organisation zu gewinnen. In der dieser Tage stattgefundenen Generalversammlung gab Kollege Buchelt, Obm., den Bericht der Verbands-Generalversammlung. Den gefaßten Beschlüssen wurde allgemein zugestimmt und für Crefeld die Beitragserhöhung ab 1. Oktober um 25 % festgesetzt. In den ersten 2 Quartalen hatte Kollege Dollbaum die Geschäftsleitung der Filiale allein geführt. Für die fernere Zeit mußte eine Änderung vorgenommen werden. Die Versammlung wählte deshalb in den Vorstand folgende Kollegen: Fritz Dollbaum, 1. Vorsitzender; Wilh. Schönsager, 1. Kassierer; Jof. Derken, 1. Schriftführer; als Beisitzer die Kollegen: Theisen, Dellers und Langer. Nun, Kollegen, heißt es: Auf zur neuen Arbeit, damit wir gestärkt dastehen für kommende Kämpfe. Jeder noch fernstehende Kollege muß für die Organisation gewonnen werden. Erst dann können wir unsere wirtschaftliche Lage so ausgestalten, wie es sich für freie Männer ziemt.

Wir haben bisher die Verbreitung von Unwahrheiten durch den "Verbands-Anzeiger" stets abgelehnt. Hier glaubten wir aber, eine Ausnahme machen zu sollen, um einmal zu zeigen, mit welchen Mitteln gegenwärtig unsere Organisationsleitung geht und so die Interessen der Kollegen geschädigt werden. Wie muß der Bericht, den die Jenaer Kollegen über sich ergehen lassen mußten, von Entstellungen und haltlosen Behauptungen durchsetzt gewesen sein, daß sie der oben abgedruckten Resolution zustimmen konnten? Denn alles, was darin dem Vorstand oder einzelnen Kollegen unterzogen wird, ist in den Tatsachen nicht begründet. Offenlich kommen die Jenaer Kollegen noch in die Lage, einen wahrheitsgetreuen Bericht entgegenzunehmen, der auch öffentlich nicht verschweigt, welche Wünsche der Kollegenschaft, meist auf Anregung oder Zustimmung des Vorstandes, erfüllt wurden. Ferner raten wir ihnen, den noch erscheinenden stenographischen Bericht zu studieren und sich aus diesem zu überzeugen, welches Spiel mit ihnen am 28. Juni getrieben worden ist.

Aus unserm Beruf.

Alschaffenburg. Endlich, nach langer Zeit, wollen wir auch wieder einmal etwas von der Filiale Alschaffenburg im "Verbands-Anzeiger" hören lassen. Unsere Filiale, die vor Ausbruch des Krieges etwa 50 Mitglieder zählte, wurde durch die Länge des Krieges vollständig dezimiert, und in den letzten beiden Kriegsjahren waren alle Mitglieder zum Herrensdiener eingezogen. Die Verbindung mit den Kollegen beim Militär hielt die Bezirksleitung aufrecht und sandte einem Teil der Kollegen regelmäßig den "Verbands-Anzeiger" zu. Nach Beendigung des Krieges konnte daher mit den zurückkehrenden Kollegen die Verbindung durch die Bezirksleitung sehr rasch wieder aufgenommen und in Großschheim und Schweinheim, wo die meisten Kollegen wohnen, Bahnhofsstellen errichtet werden. Gleichzeitig erhielt die Filialeverwaltung ihren Sitz in Schweinheim. Die Filiale entwickelte sich sehr rasch, bis auf wenige Kollegen haben sich die Einberufenen wieder zurückgemeldet, und eine Anzahl Kollegen trat dem Verbands neu bei, einige sind auch von andern Verbänden übergetreten, so daß die Filiale zurzeit bereits 80 Mitglieder zählt. Die Lohnverhältnisse haben sich entsprechend den Vereinbarungen durch die zentralen Verhandlungen gestaltet, und beträgt der Stundenlohn zurzeit M. 1,90 für Gehilfen über 20 Jahre und M. 1,80 für solche unter 20 Jahren. Die achtstündige Arbeitszeit wurde am 15. Februar mit entsprechendem Lohnausgleich eingeführt.

Holzjütchen a. d. Weser. Endlich haben auch die Kollegen in diesem Orte die Notwendigkeit der Organisation erkannt. Nachdem einige Vorbesprechungen der Kollegen unter sich stattgefunden hatten, hielten wir eine Versammlung ab. Die meisten Kollegen waren erschienen. Nach einem einleitenden Referat des Kollegen Stupin sprachen sich alle Kollegen zustimmend aus und erklärten ihren Beitritt zum Verband. Darauf nahmen wir die Gründung einer Bahnhofsstelle vor mit dem Anschluß an die Filiale Braunschweig. Es ist das erstemal, daß unser Verband am Orte eine Bahnhofsstelle errichtet hat. Wir hoffen, Kollegen, daß Ihr alle das Bestreben habt, unserer Organisation treu zu bleiben, und für Vertiefung der Kollegenzahl Sorge tragt. Nur durch Vertiefen der Idee der Organisation in den Gehirnen der Kollegen ist dieses möglich. Kollegen, es steht ohne weiteres fest, daß Ihr mit Stundenlöhnen von 90 %, M. 1,10 bis M. 1,25 die Kosten für den Lebensunterhalt nicht bestreiten könnt, ohne durch Nebenarbeit, Nebenstunden und anderes mehr Eure Einnahmen zu erhöhen. Damit treibt Ihr aber Raubbau an Eurer Arbeitskraft, das heißt: Ihr richtet Eure Gesundheit zugrunde und entzieht Euch Eurer Familie. Unter den heutigen Verhältnissen kann kein Arbeiter mit solch niedrigem Lohn auskommen, ohne seine Pflichten als Mensch, Familienvater und Staatsbürger auf das Größliche zu vernachlässigen und somit zu verletzen. Dieses könnt Ihr nur verhindern, indem Ihr Euch um das Banner der Organisation schart. Ihr müßt bewußte Kämpfer werden, nur so werdet Ihr im Kampf für angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen dem Unternehmertum gegenüber siegreich sein. Einzelnen seid Ihr dem Unternehmer gegenüber stets die Schwächeren; vereint

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag des Metallarbeiterverbandes sollte in diesem Jahre in Kiel stattfinden. Wie jetzt der Verbandsvorstand in der Metallarbeiterzeitung bekanntgibt, kann die Tagung wegen Grundsatzschwierigkeiten dort nicht stattfinden. Der Vorstand wird deshalb den Verbandstag nach Stuttgart einberufen.

Arbeiterkontrollenre in Baden. Wie der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission aus Karlsruhe mitgeteilt wurde, sollen bei der Gewerbeaufsicht drei Arbeiter berufen werden, darunter ein Bauarbeiter. Letzterer soll lediglich die Ueberwachung des Bauarbeiterschutzes ausüben, insbesondere den von den Bezirksämtern ernannten Bauaufsehern (aus Arbeiterkreisen) bei der Ausübung ihrer Tätigkeit eine Anleitung geben.

Zur Frage der Reform des Arbeiterschutzes bei Dacharbeiten. Im August 1914 ist vom Zentralvorstand des Verbandes der Dachdecker (Frankfurt a. M.) eine durch das Sekretariat der Sozialpolitischen Abteilung der Generalkommission fertiggestellte Eingabe, betitelt: "Die Absturzgefahren bei Dacharbeiten", mit Begründung und Vorschlägen zur Abstellung dieser Gefahren durch Landesgesetz dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Preußen überreicht worden. Trotz aller wiederholten Bemühungen von Seiten des Sekretariats war es nicht möglich, von dieser Ressortbehörde hierauf eine sachliche Antwort zu erhalten. Erst durch ein Vorgehen beim Staatskommissar für Wohnungsfragen ist jetzt endlich unter dem 24. Juni 1919 eine klare Antwort dahingehend erfolgt, daß man aus den Akten feststellen konnte, daß vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten eine Reform der einschlägigen Bestimmungen der Normal-Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerksberufsgenossenschaften durch die Vermittlung des Reichsamts des Innern beabsichtigt war. In weiterer Folge ist die Sache an das Reichswirtschaftsamt übergeben worden. Abgesehen davon, daß die Bauarbeiter von einer berufsgenossenschaftlichen Regelung dieser Schutzfrage gar nichts wissen wollen, so wirft die ganze Art der Behandlung dieser Sache wieder ein eigenartiges Schlaglicht auf die Verschleppungsmethode der amtlichen Bürokratie. Der Herr Staatskommissar versichert am Schluß seines Schreibens, "daß er die Angelegenheit im Auge behalten werde".

Sozialpolitisches.

Steuern und Sozialisierung. Die Beratung der neuen Steuergeetze hat in der Nationalversammlung begonnen. Die Steuergeetze, die jetzt zur Beratung stehen, sind ja nur Vorläufer von dem, was kommen wird. Die wichtigste finanzielle Maßnahme wird die Erhebung der großen Vermögensabgabe sein, von der auch in der Nationalversammlung wiederholt gesprochen wurde. Der neue Finanzminister Erzberger leitete die Beratung mit einer größeren Rede ein. Eine Annullierung der Kriegsanleihe lehnte er ab. Dies würde wie eine ungleiche Vermögensabgabe wirken. Es hing dabei rein vom Zufall ab, ob jemand einen großen oder kleinen Teil seines Vermögens opfern muß; außerdem würde in unsere Volkswirtschaft eine heillose Verwirrung gebracht, weil zahlreiche Unternehmer ihres Betriebkapitals beraubt und an der Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gehindert würden. Vermehrung der Arbeitslosigkeit und Erschwerung unseres wirtschaftlichen Wiederaufbaues wären die Folgen eines derartigen Staatsbankrotts, dem zweifellos eine Vermögensabgabe, die die Kapitalisten nach ihrer Leistungsfähigkeit trifft, entschieden vorzuziehen ist.

Weiter erklärte er der Finanzminister für seine Aufgabe, möglichst Gerechtigkeit im gesamten Steuerwesen zu schaffen. Gerechtige Steuern, so führte er aus, seien die beste Sozialisierung, und eine solche Sozialisierung ließe sich wirtschaftlich nicht anders als durch eine solche Besteuerung ein Mittel der Sozialisierung werden. Aber es genüge hierbei nicht, daß durch die Steuern ein gewisser Einkommensausgleich geschaffen wird. Wenn uns die Sozialisierung nicht weiter bringe wie einen solchen Ausgleich, so wäre für das Proletariat damit nicht allzuviel gewonnen. Die Reichen würden zwar dann ärmer, aber die Armen nicht reicher werden. Etwas anderes sei es, wenn Steuern als ein Mittel dienen, um den Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben zu vermehren.

Soll bei der Sozialisierung für die Massen etwas Nützliches herauskommen, so müssen Produktion und Güterverteilung in Zukunft besser organisiert werden. Werde durch die Vermögensabgabe das Reich Miteigentümer unserer bedeutendsten Unternehmungen, unserer Großbanken, chemischen und Elektrizitätsgesellschaften usw., so erlange es auf diese Weise einen Einfluß auf das Wirtschaftsleben, den es geltend machen könne, um die Organisation unseres Wirtschaftslebens zu verbessern. In dem Wirtschaftlichen Programm sei bekanntlich eine Reichsvermögensbank vorgesehen, die dem Reiche die bei der Vermögensabgabe zufallenden Werte übernehmen solle.

Wie gemeldet wird, soll Wisfoll im Reichskabinett keine Unterstützung für seine Pläne gefunden haben. Neben Einzelheiten kann man gewiß reden; aber es muß daran festgehalten werden, daß mit der planmäßigen Organisation unserer Volkswirtschaft begonnen werden muß. Wenn der von Wisfoll vorgeschlagene Weg abgelehnt wird, so muß uns die Regierung sagen, welche andern Vorschläge sie machen will, um auf dem Wege zu einer planmäßigen Organisation des Wirtschaftslebens vorwärtszuschreiten. Denn es ist auf die Dauer die Beteiligung der Sozialdemokratie an einer Regierung nicht möglich, die auf jede Sozialisierungsmaßnahme verzichtet. Sind die sozialdemokratischen Regierungsmittglieder wirklich nicht imstande, zu erreichen, daß hier vorwärtsgegangen wird, so tut die Sozialdemokratie besser, sich an der Regierung nicht zu beteiligen und sie den bürgerlichen Parteien allein zu überlassen.

Neuregelung der Seifenordnung. Durch erhöhte Zuteilung von Fett und Oelen an die deutsche Seifenindustrie wird es möglich, diese auf eine neue Grundlage zu stellen und die den Verbrauchern zugeteilten Mengen qualitativ erheblich zu verbessern. Wie offiziell bekanntgegeben wurde, soll die Seifenverfertigung folgenden Maßnahmen vorgenommen werden:

1. Die bisherige R.-N.-Seife wird in Zukunft ohne Seifenkarte abgegeben. Bei Beibehaltung des bisherigen Preises ist ihr Fettgehalt von 16 auf 25 pZt. erhöht worden.
2. Das R.-N.-Seifenpulver wird unter Verdoppelung des bisherigen Fettgehaltes mit monatlich 125 Gramm auf den Seifenpulverabschnitt der Seifenkarte geliefert. Der Preis erhöht sich auf 45 ¢ für 1/2-Pfund-Paket.
3. Es wird eine einwandfreie Kernseife von Friedensqualität (60 Prozent Fettgehalt) in Doppelpäckchen von 200 Gramm oder in einfachen 100-Gr Gramm-Stücken hergestellt. Das 100-Gr Gramm-Stück wird zum Preise von 80 ¢ geliefert. Als Kernseife wird eine gute polierte Toilettenseife (80 Prozent Fettgehalt) im Stückgewicht von 100 Gramm geliefert. Für die Selbststratierer wird an Stelle der Feinseife einwandfreie Rasierseife zur Verfügung gestellt. Das 100-Gr Gramm-Stück Rasierseife wird zum Preise von 1,20, das 50-Gr Gramm-Stück Rasierseife zum Preise von 60 ¢ berechnet. Die unter 3 genannten Erzeugnisse werden nur gegen Seifenkarte geliefert, und zwar gegen die Feinseifenabschnitte der Seifenkarte. Ein Feinseifenabschnitt berechtigt zum wahlweisen Bezug von 50 Gramm der genannten Erzeugnisse. Ihre Lieferung wird erstmalig Anfang September auf die Septembermärkte in Frage kommen, doch soll die Herstellung der neuen Erzeugnisse derart beschleunigt werden, daß bereits Ende August mit ihrer Lieferung begonnen werden kann. Der Vorbezug auf Septembermärkte ist wie bisher auch bereits im August zulässig.

Angeichts dieser Verbesserungen empfiehlt es sich für die Verbraucher, vom Kauf ausländischer Seifen im Scheidhandel nach Möglichkeit abzusehen, da durch die Neuregelung der deutschen Seifenversorgung in Kürze ein erhebliches Sinken der bisherigen Wucherpreise zu erwarten ist. Dazu wird auch bald mit dem Bezug von Schmierseife, die für unseren Beruf so dringend notwendig ist, wieder zu rechnen sein.

Genossenschaftliches.

Tarifverträge und Konsumgenossenschaften. Der diesjährige Genossenschaftstag sagte folgende Entschliessung: „Der 16. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 23. und 24. Juni 1919 in Hamburg nimmt Kenntnis von der Gestaltung der tariflichen Verhältnisse auf Grund der zwischen Gewerkschaften und Genossen-

schaften abgeschlossenen Tarife und bedauert, daß in nicht wenigen Fällen den Beschlüssen des Tarifamts nicht Rechnung getragen worden ist. Der Genossenschaftstag hält es für die Pflicht sowohl der Genossenschaften als auch der in genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, durch Unterordnung unter die Beschlüsse des Tarifamts das Vorbild einer freiwilligen, im gegenseitigen Einverständnis erfolgten Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu geben.

Es ist wünschenswert, daß an die Stelle genossenschaftlicher Sondertarife im Laufe der Entwicklung allgemeine Tarifstarife für alle Berufe treten und daß in diesen die genossenschaftlichen Unternehmungen keine ungünstigere Behandlung erfahren als die Unternehmungen privatrechtlicher Art. Nur wenn Licht und Schatten gleichmäßig verteilt sind und die in den Genossenschaften beschäftigten gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf eine Bevorzugung ihren anderen Arbeitskollegen gegenüber freiwillig verzichten, sind die Genossenschaften in der Lage, ihre großen Aufgaben auf dem Gebiete der Sozialisierung des deutschen Wirtschaftslebens zu erfüllen.“

Der Genossenschaftstag ließ klar zum Ausdruck kommen, daß bei aller an den Konsumvereinen gemachten freundlichen Bereitwilligkeit, bei der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen voranzugehen, doch alle Bestrebungen abzuweisen seien, wodurch die organisierten Verbraucher gegenüber andern Schichten der Bevölkerung einseitig belastet würden.

Volkspflege und Kriegsoffer. Als vor fast 5 Jahren der Krieg ausbrach, stellte das junge Versicherungsunternehmen der deutschen Gewerkschaften und Konsumvereine, die Volkspflege, seine Einrichtungen zur Linderung der durch den Krieg heraufbeschworenen Not zur Verfügung. Es wurde eine Kriegsversicherungskasse gegründet, deren ganze Einnahme unentgeltlich den Hinterbliebenen der Opfer des Krieges zugute kommen soll. Die Volkspflege stellte für diese Kriegsversicherungskasse ihre Verwaltungseinrichtungen unentgeltlich zur Verfügung. Eine Kürzung der auf Anteilsscheine eingegangenen Summe für Verwaltungskosten erfolgte nicht; die eingezahlte Summe wird vielmehr nach Beendigung der Wartzeit für die Annahme des Anspruchs, das ist 3 Monate nach Friedensschluß, restlos nach dem Verhältnis der Zahl der verstorbenen Kriegsteilnehmer und der für sie entnommenen Anteilsscheine aufgeteilt und an die Empfangsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Die auf Anteilsscheine in der Kriegsversicherungskasse eingegangene Summe betrug bis Ende des Geschäftsjahres M. 489 515, wodurch 80 898 Personen mit 98 908 Anteilen versichert waren. Nach den bis zum 31. Dezember 1918 gemachten Mitteilungen waren von diesen Versicherten 2852 mit 5049 Anteilsscheinen gestorben respektive gefallen. An die Hinterbliebenen dieser gestorbenen Kriegsteilnehmer wurden in 794 Fällen für insgesamt 1717 Anteilsscheine M. 49 910 als Vorauszahlung geleistet. Mit dieser Hilfe hat sich die Volkspflege ein großes Verdienst um manche hart getroffene Familie erworben.

Vom Ausland.

Holland. Der erfreuliche Ausstieg unseres holländischen Bruderverbandes, von dem wir kürzlich hier berichten konnten, hält weiter an. Vom Januar dieses Jahres bis Ende Juni ist die Mitgliederzahl um rund 1000 gewachsen, insgesamt auf 5800 Mitglieder. Anfeuernde Worte richtet deshalb der Vorstand an alle Verbandskollegen im Verbandorgan „De Schilder“, nicht zu erlahmen in der Gewinnung neuer Mitglieder. Die jetzige günstige Zeit müsse ausgenutzt werden. Jeder Kollege müsse dazu beitragen, die Organisation zu stärken und auszubauen. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, werde der Verband in aller nächster Zeit auf 6000 Mitglieder blicken können. Vorwärts also, dem neuen Ziel entgegen!

Verschiedenes.

Von der Entwurfs- und Modellmesse in Leipzig. Die Entwurfs- und Modellmesse in Leipzig, die in Verbindung mit der diesjährigen Frühjahrsmustermesse erstmalig als Versuch stattfand, soll bekanntlich weiter ausgebaut werden. Die nächste Entwurfs- und Modellmesse wird zur Herbstmustermesse (vom 31. August bis 6. September) im Festsaal und auf der Diele des Neuen Rathauses abgehalten werden. Die auszustellenden Gegenstände unterliegen der Beurteilung durch eine zentrale Jury in Leipzig. Rüstig erfolgt die Prüfung durch kritische Aufnahmecommissionen in den einzelnen Ausstellungs-Deutschland. Folgende Künstler haben sich bisher bereit erklärt, sich als Juroren zu betätigen: Professor Peter Behrens, Neubabelsberg bei Berlin, Professor Bruno Paul, Berlin, Professor R. Groß, Dresden, Professor Mengel, Dresden, Erich Gruener, Leipzig, Stadtbaurat Böhring, Leipzig, Professor Bernhard Pantol, Stuttgart, Professor Adelbert Heimeyer, München, Professor Richard Niemerschmid, Pasing bei München, Professor Gropius, Weimar. Die auszustellenden Entwürfe müssen spätestens am 16. August beim Museum in Leipzig eingehten.

Fachliteratur.

Deutsche Malerzeitung „Die Waage“. Illustrierte Fachschrift für Malerei. Jährlich erscheinen 12 Monatshefte mit 52 Wochennummern. Der Abonnementspreis für Deutschland beträgt M. 4 vierteljährlich, für Österreich-Ungarn M. 6, für das übrige Ausland M. 8 ohne Porto. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. Von dieser empfehlenswerten Fachschrift liegt das Jahrbuch Nr. 4 des 89. Bandes vor. Es enthält Tafel 13: Zimmer der Tochter, entworfen von Walter Klocke; Tafel 14: Decke und Wand, entworfen von Ferd. Enders in Kreuznach; Tafel 15: Decke für Linterarbeit, entworfen von Ludwig Reissberger in München und Tafel 16: Mierlei Bierate, entworfen von Karl Sonner in Olching bei München. Im teglichen Teil wird eine interessante Abhandlung über die schätzende Malerei im romanischen Stil veröffentlicht, auf die wir unsere Kollegen besonders aufmerksam machen.

Literarisches.

„Die Stunde.“ Sozialistische Wochenschrift. Herausgegeben von Paul Hens. Das sechste erschienene Heft 16 enthält unter anderem folgende Beiträge: Ernst Heilmann: Das revolutionäre Zeitalter; Paul Hens: Die neue Moral; Alfred Döblin: Die literarische Ideologie und sozialistische Denkart; W. Dörmann: Gleiches Recht; Dr. Erich Wörner: Sozialisierung der Unfallversicherung; Vierteljährlich durch die Post bezogen M. 4 Einzelheft 50 ¢. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstr. 114.

Lebhour vor den Geschworenen. Unter diesem Titel erschien sechsen im Verlag der „Freiheit“ Berlin NW 6, Schönebausemann 19, die wörtliche Wiedergabe der Verleumdungsrede, die Genosse Lebhour am zweiten Verhandlungstage der Berliner Geschworenen in Erwiderung der gegen ihn erhobenen Anschuldigungen hielt. („Lebhour vor den Geschworenen. Seine Verleumdungsrede — eine Anklage gegen die Regierung Ober-Scheibemann.“ Preis 75 ¢.)

Im Verlag Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H. Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9, ist eine kleine Schrift: **Grundzüge der preussischen Verwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz**, von Dr. Flato w. Referent im Reichswirtschaftsministerium, erschienen. Das Heft ist als Leitfaden für die Mitglieder der kommunalen Körperschaften aller Art (Städte, vorordnetenversammlungen, Gemeindevorstellungen, Kreisräte, Provinziallandtage usw.) bestimmt. Das neue Wahlrecht bewirkt, daß heute in diesen Versammlungen Tausende von Personen sitzen, Männer und Frauen, denen damit der Fehlen einer staatsbürgerlichen Bildung die elementarsten Grundbegriffe unserer Verwaltungsorganisation unbekannt sind. Angehörige der bisher nahezu ausgeschlossenen linksliberalen oder gar proletarischen Kreise sind heute in hoher Zahl in den bisher gänzlich beherrschten Kreisräten und Provinziallandtagen. Ihnen soll das Heft ihre Aufgaben erleichtern und die Bedeutung der erlangenen und der noch zu erringenden Positionen veranschaulichen. Neben, der jetzt neu in die preussische Verwaltung berufen ist, ist die Anschaffung des Büchleins nur zu empfehlen. Preis M. 1,20, portofrei M. 1,25.

Verwaltungsbericht des Zentralvorstandes der Arbeiter über das Jahr 1918. Berlin SO 36, Wiener Straße 7.

Nachrichtungsbericht des Vorstandes der Bildhauer Deutschlands zur 7. ordentlichen Generalversammlung in Würzburg am 22. Juni 1919. Berlin SO 16, Am Köpenicker Park 2.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands. Geschäftsbericht über die Jahre 1917 und 1918. Material zur Lage der Bergarbeiter während des Weltkrieges. Eine Sammlung von Eingaben der 4 Verbände, besonders des Vorstandes des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, an die Regierungen und an die Zivil-, Militärbehörden, Werkbesitzer usw. in Bochum.

Sterbetafel.

Cheunth. (Bahlstelle Hohenstein.) Am 26. Juni starb unser treues Mitglied Ernst Voigt, geboren am 6. April 1872 in Grimkau.
Göttingen. Am 14. Juni starb unser Mitglied Wilhelm Gills, 59 Jahre alt, an Magenkrebs.
Ehre ihrem Andenken!

Vom 27. Juli bis 2. August ist die 81. Beitragswoche.

Anzeigen

Malerschule Buxtehude
gegr. 1877.
Kriegsbeschädigten-Kurse.
Größte Schule für Dekorationsmalerei.
Goldene Medaille u. Ehrenpreis.
Prospekt durch die Direktion.

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen.
Der Dekorationsmaler u. Stubenmaler A. 7,60. Die Gold- u. Marmormalerei 22,00. Mod. Porzogramme 7,17. Technik der Dekorationsmalerei 2,25. Sach- und Firmenfabrikation 5,25. Ultramarinfarbenfabrikation 9,15. Einfache Firmenchriften 11,45. Vorlagen für Firmenchriften 12,00. Roberte Sachschriften 7,15. Mod. Blat- und Metallmalerarbeiten 9,00. Mod. Schriften 8,00. Briefschriften 13,50. Handmustermappe 1. Firmen-schreiber 8. Praktische Vorchriften für Maler, Zincher u. Stubenmaler 8,00. Harmonie der Farben 8,00. Der Tapezierer u. Dekorationsmaler 15,00. Die Schule des Tapezierers 15. Tapezier- und Dekorationskunst 44. Preis des Tapezierers u. Dekorationsmalers 15,40. Mustermappe des Dekorationsmalers 22. Einfache Dekorationsmalerei für Tapezierer 13,20. Ausstattung vornehmer Wohnräume (Tapezierkunst) 33. Der Handwerker als Kaufmann 7/25. Handbuch für Kaufleute 15,00. Sobnberechner 2. Rechenhefter 4,25. 1000 Gemischt-technische Rezepte zu Handbuchsartikeln 6. Gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 40 E, Lindenstr. 24.

Eschladpottur
Eschladmattierung
Sachstrich
Feinblau
Delfarbe
Bufflack
Fußbodenlack usw.
in Friedenszeiten liefert günstig.
E. Schuster, Sondershausen.

Malermittel
aus echt. Leinwand, kein Erbsenöl, pr. Stück A 16,50.
Esche graue Dreifach-Anzüge
Jade A 18.
Gale A 18.
als Maß erbitte ganze Körperlänge von Kopf bis Fuß und ob schlangt ob. Hart. Verl. geg. Nachn.
Julius Hammerichlag.
Halle a. d. S. O.
Gründliche Auszubildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Malergewerbe durch Fernunterricht ohne Berufsprüfung. Probebrief frei. Erfolg garantiert.
Franz Wenzel, Leipzig-Stätterstr.
Dr. 28 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.

